

# Gesundheitswahlkampf – Chaoswahlkampf



Nikolaus Nützel

*Einen „Gesundheitswahlkampf“ haben verschiedene Ärzteguppen schon im Frühjahr ausgerufen. Öffentlichkeitswirksam sollte gegen eine vermeintlich drohende Existenzvernichtung vor allem der Niedergelassenen zu Felde gezogen werden. Einige Wochen vor dem Gang zur Urne erscheint die Wahlkampfstrategie der Ärzteschaft allerdings ein bisschen chaotisch.*

*Da macht eine „Aktion 15“ in bislang einzigartiger Weise Front gegen eine einzelne Partei: Die*

*SPD. Bald darauf wird die Union in diesen Anti-Wahlkampf mit einbezogen. Wer davon profitieren soll, ist klar: Die FDP.*

*Genau vor deren gesundheitspolitischen Vorstellungen warnt allerdings gleichzeitig der Hausärzterverband mit all seiner Wortgewalt. Der außen stehende Beobachter reibt sich die Augen und überlegt: Wäre denn eine Koalition aus Linkspartei und Grünen das, was sich die Ärzteschaft in ihrer Mehrheit wünscht? Da schau her!*

*Auch bei den Argumenten, die da bemüht werden, herrscht munteres Chaos. Mehr als ein halbes Jahr lang war zu hören, den Niedergelassenen drohten Umsatzeinbußen um bis zu 30 Prozent. Als die Kassenärztliche Bundesvereinigung dann aber kein Minus, sondern ein durchschnittliches Honorarplus von 7,8 Prozent bekannt gibt – in Bayern 3,5 Prozent – schlagen die ärztlichen Wahlkämpfer diese Trommel lieber nicht mehr so laut. Stattdessen folgt ein Schwenk in der Argumentation: Nunmehr geht es gegen eine Total-Kommerzialisierung des Gesundheitswesens, die in den Augen vieler Gesundheitswahlkämpfer kurz bevorsteht.*

*Aber ist denn der Geist der Kommerzialisierung nicht schon längst aus der Flasche? Wer diese Frage stellt, erntet erst einmal verständnislose Blicke. Wer weiter nachfragt, warum denn eigentlich das Shareholder-Value-Denken einer Rhön-Klinikum AG schlimmer sein sollte als das Shareholder-Value-Denken von Pfizer, Novartis oder Siemens Health Care, für den gibt es im besten Fall mitleidiges Kopfschütteln.*

*Wenn die Pharma- oder Medizintechnikindustrie zweistellige Umsatzrenditen aus den Mitteln der Krankenversicherung schöpft, dann gehe das schon in Ordnung, wird einem pauschal beschieden. Dementsprechend bleiben die „Industrieaussteller“ gern gesehene Gäste bei berufspolitischen Veranstaltungen. Und wenn ein Journalist bei dieser Logik nicht mitkommt, wird ihm mehr oder minder sanft das Gefühl vermittelt, er sei reichlich begriffstutzig.*

*Überhaupt die Journaille. Letztlich ist in den Augen vieler Mediziner ja vor allem die Presse Schuld, dass die politischen Ideen der Ärzteschaft nicht so durchdringen, wie gewünscht. Dabei sind ärztliche Berufspolitiker durchaus einfallsreich, wenn es darum geht, Journalisten auf ihre Seite zu bringen. Da macht beim Deutschen Ärztetag einer der ersten Redner vor allem die „Hetze in den Medien“ zum Thema. Kurz darauf beklagt sich ein anderer Redner über die „Provinz-Schreiberlinge“, die nichts, aber auch gar nichts kapierten.*

*Als Journalist zieht man da erst einmal den Kopf ein und wundert sich ein wenig über diese eher exotische Form der Öffentlichkeitsarbeit. Dann aber kommt man ins Grübeln. Wie könnte sie aussehen, die Berichterstattung, mit der „die Ärzte“ zufrieden sind? Wo man als gesundheitspolitischer Berichtersteller doch eines ganz schnell lernt: „Die Ärzte“ gibt es gar nicht. (Außer als Pop-Band, aber das ist ein anderes Thema).*

*Ein Journalist, der es wagt, die gesundheitspolitischen Argumente der Kassenärztlichen Vereinigung auch nur wiederzugeben, kann sicher sein, dass er bitterböse Zuschriften von Medizinern bekommt, die auf die Buchstaben „KV“ allergisch reagieren. Von der Spitze des Hausärzterverbandes kann man sogar hören, die – wohlgemerkt in Wahlen bestimmte – KV-Spitze führe „Krieg“ gegen die Allgemeinmediziner.*

*Wenn man dann dem Publikum auch noch erklären soll, dass ein Bayerischer Facharztverband und ein Deutscher Facharztverband einander in Konkurrenz gegenüberstehen, dass „die Ärzte“ jedoch angeblich ein einheitliches politisches Anliegen bewegt, dann liegt eine Versuchung nahe: Von der Berichterstattung über ärztliche Berufspolitik ganz die Finger zu lassen. Ob aber die Ärzteschaft glücklicher wäre, wenn ihre Anliegen in Presse und Rundfunk gar kein Thema mehr wären? Oder ob es dann nicht erst recht erboste Zuschriften gäbe? Man weiß es nicht.*

*Was wird also bleiben vom Gesundheitswahlkampf des Jahres 2009? Leider wohl das, was immer bleibt, wenn es chaotisch zugeht: Unzufriedenheit bei vielen Beteiligten. Und was wäre ein Gegenmittel? Öfter mal einen Schritt zur Seite tun und das Chaos von außen betrachten. Bei der Gelegenheit kann man dann vielleicht auch einen kurzen Blick in die Arztzahl-Statistik der Bundesärztekammer werfen.*

*Denn die zeigt Überraschendes: Als der CSU-Politiker Horst Seehofer 1992 das Amt des Bundesgesundheitsministers antrat, gab es 251.877 berufstätige Ärztinnen und Ärzte in Deutschland. Eine Grünen- und eine SPD-Ministerin später liegt die Zahl bei 319.697. Daraus könnte man schließen: Egal, welche Partei das Gesundheitsministerium besetzt, die Mediziner lassen sich am Ende die Begeisterung für ihren Beruf doch nicht verdrießen. Und das ist sicherlich auch gut so. Und es lässt den Gesundheitswahlkampf in einem anderen, milderem Licht erscheinen.*

*Nikolaus Nützel, freier Journalist für den Bayerischen Rundfunk, in der Redaktion Wirtschafts- und Sozialpolitik, München*